

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Innenstadt (14)

am Donnerstag, 9. Dezember 2010

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.55 Uhr

Ort: Gemeinschaftsraum des „Wohnen & Service“ der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Holtstr. 43

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Oberbürgermeister Pistorius

von der Verwaltung: Herr Schmidt, Fachbereich Städtebau / Leiter Fachdienst
Straßenbau

von der Stadtwerke
Osnabrück AG: Herr Hoffmeister / Leiter Unternehmensentwicklung

Protokollführung: Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Auswirkungen der am 4.1.2010 eingeführten Umweltzone in Osnabrück
 - b) Haseuferweg - Teilstück zwischen Neue Mühle und Schlagvorderstraße (Papierkörbe, Beleuchtung, Einzäunung, Räum- und Streupflicht)
 - c) Schadhafter Fahrbahnbelag im Fußgängerübergang Dielingerstraße (Termin für Sanierung)
 - d) Fehlende Beleuchtung für den Fußweg zwischen Iduna-Hochhaus und Pernickelmühle
 - e) Reparatur von defekten Leuchten durch die Stadtwerke Osnabrück
 - f) Maßnahmen der Verwaltung gegen die Missachtung des Radfahrverbots am Tage in der Fußgängerzone
 - g) Elektrohydraulischer Türöffner für den Zugang vom OPG-Parkhaus zum Gleis 1 des Hauptbahnhofs
 - h) Abstellplätze für Fahrräder in der Fußgängerzone (z. B. Jürgensort)
 - i) Optimierung der Ampelschaltungen im Stadtgebiet (z. B. ÖPNV-Vorrangschaltung von der Dielingerstraße in Richtung Heger Tor)
 - j) „Flüsterasphalt“ auf besonders verkehrsbelasteten innerstädtischen Straßen
 - k) Neues Gutachten für ein Einkaufscenter am Neumarkt
 - l) Zustand des Heger Friedhofs (Unkrautbewuchs, Grünflächenbearbeitung, Reinhaltung der Wege)
 - m) „Erholung im Grünen“ - auch für die Innenstadt (z. B. Parkplatz Kommenderiestraße)
 - n) Veränderungen von Verkehrsführungen im Bereich der Kommenderiestraße
 - o) Zukünftige Nutzung der Neumarkt-Passage
 - p) Messung der Geschwindigkeit in der Johannisstraße (im Abschnitt der Tempo-30-Zone)
 - q) Fahrradstreifen stadteinwärts - Kreuzung Johannisstraße/ Johannistorwall/Petersburger Wall (Optimierung der Grünphase für Radfahrer)
 - r) Trenngitter für Grünstreifen am Petersburger Wall - zwischen der Johannisstraße und der Holtstraße

- s) Parkplatz Kommenderiestraße (Bebauungsplan Nr. 567 - südlich Goldstraße): Abbau nicht erforderlicher Schilder, Termin für Bebauung, Reparatur Schlaglöcher und Zaun, Fläche Spielplatz)
 - t) Bepflanzung Kreuzung Johannistorwall / Kommenderiestraße
 - u) Probleme mit der Drogenszene im Bereich Salzmarkt
(Nachmeldung/Ergänzung der Tagesordnung)
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- a) Finanzlage der Stadt Osnabrück
- 4 Anregungen und Wünsche

Herr Oberbürgermeister Pistorius begrüßt ca. 25 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder (Herrn Bertels, Herr Sommer, Frau Thiel) und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Oberbürgermeister Pistorius verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 18.05.2010 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Auswirkungen der am 4.1.2010 eingeführten Umweltzone in Osnabrück

Herr Schaper fragt, ob die zum 4.1.2010 eingerichtete Umweltzone den gewünschten Erfolg gebracht hat. Weiterhin wird für die Innenstadt ein Durchfahrverbot für Lkw gefordert.

Herr Schmidt berichtet, dass derzeit die Grenzwerte für den Jahresmittelwert und das Kurzzeitkriterium (Überschreitungstage) für Feinstaub nicht überschritten werden.

Der Grenzwert des Jahresmittelwertes für Stickstoffdioxid ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) wird mit derzeit $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ überschritten. Er nimmt kontinuierlich ab. Momentan ist der Anteil der Umweltzone an der Reduktion nicht ablesbar, da der Anteil der ausgesperrten Fahrzeuge ohne Plakette zu gering ist. Die volle Wirkung der Umweltzone ist erst Ende 2012 erkennbar. Die Modellrechnungen (Stand 2008) zeigen, dass die Umweltzone und die weiteren Maßnahmen wie Knotenpunktverbesserungen Ende 2012 den Grenzwert unterschreiten werden.

Im Rahmen der Aufstellung des Luftreinhalte- und Aktionsplanes sind zwei Maßnahmen zu einem Transitverbot für Lkw geprüft worden. Einerseits wurde dieses für das gesamte Stadtgebiet und andererseits in der Abgrenzung der Umweltzone untersucht. Der Anteil der Lkw im Transit in der Gesamtstadt lag laut Erhebungen bei maximal 15%; in der Abgrenzung der Umweltzone bei 34%. Insgesamt wird der Anteil des Lkw-Transitverkehrs in der Umweltzone mit 34% als relativ hoch bewertet, wobei sich davon der wesentliche Anteil auf die Achse des östlichen Walls konzentriert.

Mit Hilfe von Modellrechnungen sind die Auswirkungen der beiden Varianten untersucht worden. Die Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Verbesserungen der Luftgüte eher in unproblematischen Straßenabschnitten ohne Grenzwertüberschreitungen liegen. Gerade in den Bereichen hoher Belastung wie Martinistraße und am westlichen Wall zeigt ein Transitverbot aus lufthygienischer Sicht keinen spürbaren Erfolg und ist somit nicht verhältnismäßig.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit, ein Durchfahrverbot für Lastkraftwagen auf Basis der gesetzlichen Regelungen zum Mautausweichverkehr anzuordnen; dieses würde sich allerdings nur auf mautpflichtige Lkw über 12 t beziehen. Die Erhebungen zum Lkw-Transitverkehr sind zu dem Ergebnis gekommen, dass maximal 15% des gesamten Lkw-Verkehrs als Transitverkehr gewertet werden können. Der Anteil der mautpflichtigen Lkw über 12 t dürfte noch niedriger liegen. Da eine Anordnung eines Transitverbotes aber nur bei einem **erheblichen** Anstieg des LKW-Ausweichverkehrs nach der Einführung der Autobahnmaut erfolgen darf, sind die Voraussetzungen für ein Verbot des Durchgangsverkehrs mit schweren Lkw ab 12 t für Osnabrück nicht gegeben.

Es ist vorgesehen, im Rahmen der verpflichtenden Lärmaktionsplanung das Thema Lkw-Sperrkonzept nochmals zu thematisieren.

Eine Bürgerin berichtet, dass Lkw von der Firma Kabelmetal (KM Europa Metal) trotz fehlender Plakette in Richtung Erich-Maria-Remarque-Ring in die Umweltzone fahren. Es handelt sich vor allem um Lkw mit auswärtigem Kennzeichen. Die Beschilderung „Umweltzone“ wird nicht beachtet, die Lkw-Fahrer richten sich offenbar in erster Linie nach ihren Navigationsgeräten. Dort sollte verstärkt kontrolliert werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass die Kontrolle des fließenden Verkehrs nur durch die Polizei vorgenommen werden dürfe. Die Polizei könne aufgrund anderer Prioritäten nicht ständig und flächendeckend den Verkehr kontrollieren. Das Ignorieren der Verkehrsschilder sei ein persönliches Fehlverhalten. Zwischen Verwaltung und Polizei finden regelmäßig Gespräche zum Thema Verkehr statt.

Frau Unland teilt mit, dass die Bewohner am Wall durch die starken Verkehrsbelastungen beeinträchtigt würden und einen sinkenden Wohnwert ihrer Immobilien in Kauf nehmen müssten. In Hannover gebe es ein Durchfahrverbot für Lkw, die schwerer als 12 Tonnen sind. Weiterhin wird befürchtet, dass durch die geplante Reduzierung der Fahrspuren von zwei auf eine auf dem Neuen Graben im Abschnitt Neumarkt (in östlicher Richtung) eine Verlagerung des Verkehrs auf den Wallring erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass sich der Rat der Stadt Osnabrück und die Verwaltung immer wieder mit dem Thema Verkehr und den Wünschen unterschiedlichster Interessenslagen beschäftigen. Er weist darauf hin, dass Bundesstraßen durch das Osnabrücker Stadtgebiet verlaufen und darüber hinaus Umleitungen für die Bundesautobahnen auszuweisen sind. Bei Sperrungen für Lkw müssten Ausweichstraßen festgelegt werden, die keine unzumutbaren Umwege mit sich bringen dürften. Die Straßenstruktur anderer Kommunen oder Sperrungen für so genannte „Mautflüchtlinge“ auf Bundesstraßen, die parallel zu Bundesautobahnen verlaufen, sei nicht ohne weiteres vergleichbar mit der Situation in Osnabrück. Die Verwaltung habe eine mögliche Sperrung mehrfach geprüft. Die rechtliche Situation ließe dies in Osnabrück nicht zu.

2 b) Haseuferweg - Teilstück zwischen Neue Mühle und Schlagvorderstraße (Papierkörbe, Beleuchtung, Einzäunung, Räum- und Streupflicht)

Frau Billmann fragt, ob Mülleimer und eine Beleuchtung installiert werden, ob die Grenze zu den Privatgrundstücken eingezäunt wird und ob ein Winterdienst stattfindet.

Herr Schmidt berichtet, dass folgende Arbeiten noch zu erledigen sind: Der laut Planung aufzustellende Mülleimer wird zusammen mit den ebenfalls noch ausstehenden Bänken voraussichtlich im Dezember - je nach Witterung - aufgestellt werden.

Der Einbau der geplanten Handlaufbeleuchtung im Bereich des Steges hat sich leider auf Grund von Lieferproblemen verzögert. Der Einbau ist ebenfalls noch für den Dezember vorgesehen - je nach Witterung.

Entlang des Weges ist eine Heckenpflanzung vorgenommen worden, zudem ist von dem Eigentümer der Grundstücke entlang des landläufigen Weges ein Zaun aufgestellt worden. Eine Erreichbarkeit der Uferböschung im weiteren Verlauf ist somit kaum möglich. Seitens der Stadt sind keine weiteren Maßnahmen vorgesehen.

Es handelt sich um einen selbstständigen Gehweg, der nicht an eine Anliegerpflicht gebunden ist und deshalb vom Straßenbaulastträger - also von der Stadt - geräumt und gestreut werden muss. Der Weg ist im Winterdienst-Streuplan des Osnabrücker Servicebetriebes aufgenommen, muss nach dem Fegen aber aufgrund der Konstruktion mit Sand abgestreut werden. Diese Methode ist nicht ganz so wirkungsvoll wie Splittstreuung und deshalb öfter zu wiederholen. Eine Beschilderung im Sinne von „Betreten auf eigene Gefahr“ darf es für

solche öffentlichen Wege nicht geben. Eine Sperrung des Weges in der Winterzeit wäre sicherlich kontraproduktiv.

2 c) Schadhafter Fahrbahnbelag im Fußgängerübergang Dielingerstraße (Termin für Sanierung)

Herr Großheide fragt, wann die im vorigen Bürgerforum angekündigte Sanierung durchgeführt wird.

Herr Schmidt berichtet, dass aufgrund des letzten Winters und der damit einhergehenden verstärkten Frostschäden noch nicht alle Reparaturarbeiten im Laufe des Sommers 2010 durchgeführt werden konnten. Hier hat sich eine zeitliche Verzögerung ergeben, so dass die Durchführung dieser Arbeiten erst im kommenden Jahr erfolgen wird.

Herr Oberbürgermeister Pistorius ergänzt, dass durch die Winterschäden ein hoher Sanierungsbedarf aufgetreten sei und die Bauarbeiten nur nach und nach durchgeführt werden könnten, da die Baufirmen gut ausgelastet seien.

Herr Großheide teilt mit, dass die Asphaltarbeiten im Stadtgebiet durchweg mit sehr guter Qualität ausgeführt würden.

2 d) Fehlende Beleuchtung für den Fußweg zwischen Iduna-Hochhaus und Pernickelmühle

Herr Großheide fragt, ob an der Fußwegseite zwischen Iduna-Hochhaus und Pernickelmühle eine Beleuchtung installiert werden kann. Gerade nach Kinobesuchen wird der Weg abends genutzt.

Herr Schmidt teilt mit, dass die Beleuchtung der öffentlichen Wegverbindungen im Umfeld des Iduna-Hochhauses von der Stadt zusammen mit den Stadtwerken überprüft wurde. Die Anzahl der Leuchten und die Ausleuchtung sind ausreichend, zumal auch die Möglichkeit besteht an der gut beleuchteten Straße (Erich-Maria-Remarque-Ring) zum Parkhaus Vitihof zu gehen. Die defekte Leuchte in dem Weg hinter dem Iduna-Haus wird kurzfristig repariert.

Weiterhin berichtet Herr Schmidt, dass abends im Stadtgebiet ab 20 Uhr die öffentliche Beleuchtung auf halbe Lichtstärke reduziert wird, um Energiekosten zu sparen.

2 e) Reparatur von defekten Leuchten durch die Stadtwerke Osnabrück

Herr Großheide fragt, wie die Stadtwerke Kenntnis von defekten Leuchten erhalten. Im Oktober 2010 waren in den Abendstunden bis zu zehn defekte Leuchten auf dem Bahnhofsvorplatz anzutreffen.

Herr Hoffmeister berichtet, dass die Stadtwerke regelmäßig Wartungen der Beleuchtungsanlagen durchführen, aber keine zusätzlichen Kontrollen. Daher seien die Stadtwerke auf die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, wenn defekte Leuchten bemerkt werden. Störungen sollten möglichst schnell telefonisch an die Stadtwerke gemeldet werden (Tel. 2002-2010).

Herr Großheide regt an, diese Information über die Presse verbreiten zu lassen. Gerade am Bahnhofsvorplatz sei ein Ausfall der Beleuchtung misslich.

Auch Herr Oberbürgermeister Pistorius bittet darum, Hinweise zu ausgefallenen Leuchten - insbesondere an öffentlichen Plätzen - an die Stadtwerke zu geben.

2 f) Maßnahmen der Verwaltung gegen die Missachtung des Radfahrverbots am Tage in der Fußgängerzone

Herr Großheide berichtet, dass zunehmend das Radfahrverbot tagsüber in den Fußgängerzonen nicht mehr respektiert wird.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass das Fahrradfahren in den Fußgängerzonen Große Straße/Krahnstraße/Herrenteichstraße/Domhof in der Zeit von 9 - 20 Uhr untersagt ist. Verstöße dagegen stellen eine Ordnungswidrigkeit dar. Wird dieses Verhalten durch die Kräfte des Ordnungsaußendienstes im OS Team - insbesondere in Fußgängerzonen - festgestellt, wird grundsätzlich gegen das verbotswidrige Befahren eingeschritten, die Radfahrer - soweit möglich - angehalten und der Verstoß geahndet. Es ist jedoch festzustellen, dass die meisten Radfahrer absteigen, wenn sie die uniformierten Kräfte der Polizei oder des OS Teams sehen. Sonntags sind die Kräfte des Ordnungsaußendienstes grundsätzlich nicht im Dienst.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass es leider einzelne Personen oder bestimmte Gruppen gebe, die die Regeln missachteten. Dies sei ein großes Ärgernis für diejenigen Personen, die dadurch behelligt würden. Auch verstärkte Kontrollen des OS Teams könnten dem nicht abhelfen.

Ein Bürger fragt, ob die Kontrollgänge auch in Zivil durchgeführt würden.

Dies wird von Herrn Oberbürgermeister Pistorius bestätigt. Er erläutert, dass im OS Team zwei verschiedene Aufgabenbereiche zusammengefasst wurden. Zum einen gibt es den Verkehrsaußendienst, der einen gesetzlichen Auftrag und hoheitliche Befugnisse hat (z. B. Überwachung des ruhenden Verkehrs). Weiterhin wurde Mitte der 80-er Jahre ein Ordnungsaußendienst eingerichtet, der eine freiwillige Einrichtung der Kommune ist und eingesetzt wird, um dem Sicherheitsbedürfnis der Einwohner nachzukommen. Diese Mitarbeiter dürfen keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen, also z. B. keine Personen kontrollieren.

Ein Bürger führt aus, dass sich im Bereich Salzmarkt / E-Center ein Treffpunkt für Alkohol- und Drogenkonsumenten entwickelt habe. Wenn vom OS Team Platzverweise ausgesprochen würden, seien die Personen nach kurzer Zeit bereits wieder vor Ort.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass die Personalausstattung des OS Teams aufgrund von Einsparvorgaben reduziert wurde und weitere Stellenstreichungen im Gespräch seien. Es gebe im Stadtgebiet mehrere „Brennpunkte“, die von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei aufmerksam beobachtet würden.

2 g) Elektrohydraulischer Türöffner für den Zugang vom OPG-Parkhaus zum Gleis 1 des Hauptbahnhofs

Herr Großheide fragt, ob ein elektrohydraulischer Türöffner am Zugang zum Parkhaus installiert werden kann. Im Jahr 2006 war dies aus technischen bzw. aus Kostengründen noch abgelehnt worden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass die Osnabrücker Parkstätten-Betriebsgesellschaft mbH (OPG) im Zusammenhang mit den im kommenden Jahr ohnehin vorgesehenen Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen am Parkhaus Bahnhof auch den vom Antragsteller angesprochene elektrohydraulische Türöffner zu Gleis 1 realisieren wird. Die entsprechenden Kosten sind in den Finanzplan 2011 eingestellt worden.

2 h) Abstellplätze für Fahrräder in der Fußgängerzone (z. B. Jürgensort)

Herr Großheide berichtet, dass zunehmend Fahrräder in großer Anzahl in verschiedenen Bereichen der Fußgängerzonen abgestellt werden. Insbesondere in der Straße Jürgensort könne man aufgrund der Vielzahl der abgestellten Fahrräder nicht mehr die Straßenseiten wechseln.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass es derzeit nur eingeschränkte rechtliche Möglichkeiten gibt, gegen auf Fußgängerwegen oder Fußgängerbereichen abgestellte Fahrräder vorzugehen. Grundsätzlich dürfen Fahrräder im Rahmen des Gemeingebrauchs an öffentlichen Straßen und Plätzen überall abgestellt werden, soweit dadurch keine Gefährdungen oder Behinderungen entstehen. Die ordnungsrechtlich möglichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr werden derzeit schon umgesetzt und fahruntüchtige Fahrräder werden regelmäßig als Abfall beseitigt.

Für die Fußgängerzonen bedeutet das, dass Fahrräder grundsätzlich überall abgestellt werden dürfen, wenn dadurch keine Gefährdungen ausgelöst werden und es nicht zu vermeidbaren Behinderungen kommt. Das OS Team der Stadt schaut regelmäßig danach, ob Gefahren im Sinne des Nds. SOG (Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung) vorliegen und schreitet gegebenenfalls zur Gefahrenabwehr ein. Das reine Abstellen von Fahrrädern, auch außerhalb von Fahrradabstellanlagen, kann nicht verhindert werden.

Die Stadt ist aber bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Fahrradabstellanlagen, auch in den Eingangsbereichen der Fußgängerzonen, zu machen, damit die Fahrräder hier platziert werden. **Gerade die Fußgängerzone Jürgensort bietet hierzu eine gute Möglichkeit**, weil sie zentral gelegen und vom Busring einfach mit dem Fahrrad zu erreichen ist. Außerdem liegt diese Fahrradabstellanlage nicht im Hauptlaufweg der Fußgängerströme in der Großen Straße, sodass es nicht zu wesentlichen Beeinträchtigungen kommt. Allein die Barrierewirkung einer langen Fahrradreihe löst noch keine Gefahr im Sinne des Nds. SOG aus. Die Stadt wird aber prüfen, ob und gegebenenfalls wie die Fahrradabstellanlage noch erweitert werden kann, weil es hier offensichtlich einen Bedarf über das Angebot hinaus gibt. Dabei kann dann auch beurteilt werden, ob und gegebenenfalls wie Durchgänge zu realisieren sind.

2 i) Optimierung der Ampelschaltungen im Stadtgebiet (z. B. ÖPNV- Vorrangschaltung von der Dielingerstraße in Richtung Heger Tor)

Herr Großheide erkundigt sich nach Verbesserungsmöglichkeiten der Ampelschaltungen im Stadtgebiet, da durch wartende Kfz sowohl Kraftstoff verbraucht wie auch die Luft belastet wird.

Herr Schmidt führt aus, dass die schaltungstechnische Bevorzugung des ÖPNV im Bereich Dielingerstraße/Heger-Tor-Wall sowohl bei ein-/ wie ausfahrenden Bussen angesprochen wird. Während des Weihnachtsmarktes gibt es zurzeit zusätzliche Buslinien, die aufgrund ihrer geänderten Verkehrsführung ggf. Fehlanforderungen erzeugen können. Eine grundsätzlich fehlerhafte Schaltung oder eine Störung ist nicht bekannt.

Bezüglich der immer wieder diskutierten Optimierung der Lichtsignalanlagenschaltungen im Stadtgebiet, ist seit Herbst 2010 ein Ingenieurbüro mit der Erfassung des Ist-Zustandes, sowie einer möglichen Fehleranalyse und Empfehlungen für Verbesserungsmaßnahmen beauftragt worden. Diese Ergebnisse werden Anfang 2011 vorliegen. Ob und welche Maßnahmen darauf hin zu ergreifen sind, muss dann erörtert werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass verkehrliche Probleme im Stadtgebiet ein Dauerthema sowohl im Rat der Stadt Osnabrück wie auch in der Verwaltung seien.

Frau Unland berichtet, dass die Grünphase für Fußgänger am Wall kurz nach Betreten der Straße bereits wieder auf „rot“ umschalte. Am Wall sollten zusätzliche Querungsmöglichkeiten für Fußgänger geschaffen werden.

Herr Schmidt erläutert, dass in den Ampelphasen so genannte „Räumzeiten“ für die Fußgängerüberwege berücksichtigt sind. Damit wird den Fußgängern ausreichend Zeit gewährt, um die andere Seite der Straße zu erreichen. Wenn bei einer verlängerten Grünphase ein Fußgänger erst später die Straße betritt, würde die gleiche Situation entstehen, da das Signal irgendwann umschalten müsse.

2 j) „Flüsterasphalt“ auf besonders verkehrsbelasteten innerstädtischen Straßen

Frau und Herr Möller sowie Herr Schaper fragen, ob in weiteren Straßen in den Innenstadt ein lärmoptimierter Asphalt eingebaut werden kann, nachdem der Belag in der Straße An der Petersburg im Herbst 2010 aufgetragen wurde und zu einer Minderung der Fahrgeräusche geführt hat.

Herr Schmidt berichtet, dass auf der Straße An der Petersburg erstmals in Osnabrück ein sogenannter lärmoptimierter Asphalt, auch Flüsterasphalt genannt, eingebaut worden ist. Hierbei handelt es sich um eine Sonderbauweise, die auch in anderen Städten erst seit ca. zwei Jahren erprobt wird. Insbesondere ist zurzeit noch völlig offen, welche Lebensdauer diese lärmoptimierte Deckschicht gegenüber bisher gebräuchlichen Asphaltdeckschichten hat. Da der Einbau dieser lärmoptimierten Beläge auch bestimmte Anforderungen an den Untergrund stellt, ist ein möglicher Einbau nur bei einer erforderlichen Grundsanierung von Straßen denkbar. Ein Austausch intakter Deckschichten bestehender Straßen ist aus Kostengründen wenig sinnvoll.

Herr Schmidt führt weiterhin aus, dass dieser Asphalt bei weiteren Sanierungen eingesetzt werden solle, sofern er sich bewährt. Der positive Effekt dieses Asphalts sei abhängig von der Intensität der Nutzung und der Länge des Straßenabschnitts (bzw. der Länge zwischen Kreuzungen / Ampelanlagen).

2 k) Neues Gutachten für ein Einkaufszentrum am Neumarkt

Frau und Herr Möller fragen, warum ein weiteres Gutachten für den Neumarkt beauftragt wurde, obwohl solche bereits erstellt wurden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass es im Bereich der ehemaligen Wöhrl-Immobilie/Johannisstraße Pläne eines Investors für ein Einkaufszentrum gibt (die NOZ berichtete darüber am 17.07.2010). Hierzu wurde eine Verträglichkeitsuntersuchung von der Verwaltung in Auftrag gegeben, die der Investor finanziert. Die Ergebnisse wurden jetzt aktuell der Verwaltung vorgelegt. Sie werden gegenwärtig geprüft und sollen Ende Januar 2011 den Ratsgremien vorgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt weiterhin mit, dass es in den letzten zwei Jahren durchaus Fortschritte gegeben habe und man sich auf gutem Wege befinde. Dennoch handle es sich um ein komplexes Thema. Die Grundstücke bzw. Immobilien seien überwiegend in privater Hand. Der Investor führe direkt Gespräche mit potenziellen Interessenten. Über die geplante Buslinienführung von der Johannisstraße über die Seminarstraße zum Neumarkt könne erst dann entschieden werden, wenn konkrete Planungen für den Gebäudekomplex erstellt wurden.

Herr Großheide erkundigt sich der weiteren Nutzung des ehemaligen Woolworth-Gebäudes.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass diese Immobilie vom Eigentümer verkauft wurde. Der neue Eigentümer führt zurzeit Gespräche mit interessierten Einzelhändlern. An dieser Stelle soll ein Neubau entstehen.

2 I) Zustand des Heger Friedhofs (Unkrautbewuchs, Grünflächenbearbeitung, Reinhaltung der Wege)

Frau und Herr Möller sprechen den Pflegezustand auf dem Heger Friedhof an.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass am 31.08.2010 vom Rat der Stadt Osnabrück die Umsetzung des Friedhofsentwicklungskonzepts beschlossen wurde, das die angesprochenen Problemlagen untersucht und verschiedene Handlungsvorschläge macht, um für die nächsten Jahre bei möglichst geringen Kosten angemessene Friedhofsstandorte vorzuhalten.

Die Umsetzung des Friedhofsentwicklungskonzepts beinhaltet konkrete Vorschläge zur Grabvergabe für die einzelnen Friedhöfe, um die Flächen möglichst kompakt zu gliedern. Ein Beispiel dafür ist die Integration neuer Reihengrabfelder in die Struktur der vorhandenen Wahlgrabbereiche. Durch die zunehmende Anzahl an Urnenbestattungen werden weniger Erdgräber gekauft, so dass zunehmend freie Grabflächen inmitten der Grabfelder entstehen, die durch die Friedhofsverwaltung gepflegt werden müssen. Bedingt durch viele kleine Flächen ist die Pflege hier sehr zeitaufwändig.

Zudem ist es ein wichtiges Anliegen von Politik und Verwaltung, dass die Gebühren nicht wesentlich weiter steigen sollen, die somit seit einigen Jahren stabil gehalten werden konnten. Der Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Stadt, der sogenannte „grünpolitische Wert“, soll jedoch genauso wenig ansteigen. Diese Faktoren zusammen betrachtet ergeben, dass in Osnabrück 17 Arbeitskräfte ca. 90 ha Friedhofsflächen auf den 13 städtischen Friedhöfen pflegen. Gerade in der Urlaubszeit und Hauptvegetationszeit im Sommer ist es aufgrund der äußerst knappen Personaldecke nicht immer möglich, einen optimalen Pflegestandard zu erreichen.

Teil dieser Entwicklungsplanung ist es auch, vorhandene Pflanzstreifen nach und nach zu überarbeiten, so dass die Pflege dann weniger Aufwand erfordert. Dies kann allerdings nur in kleinen Schritten vorangehen, da auf vielen Friedhöfen die Überarbeitung ansteht.

Für die Pflege der wassergebundenen Wege werden Möglichkeiten der chemiefreien Unkrautentfernung getestet, die den Wegeaufbau nicht zerstören.

Die Verwaltung begrüßt eine direkte Ansprache durch Bürgerinnen und Bürger, die konkrete Anliegen auf den Friedhöfen haben. Für die Grünflächenpflege auf Friedhöfen ist Frau Joachimmeyer die Ansprechpartnerin (Tel. 323-3259).

Herr Möller weist darauf hin, dass die Friedhöfe auch das Erscheinungsbild einer Stadt prägen und nicht nur für auswärtige Besucher ein Aushängeschild seien. Seit einigen Jahren sei eine Verschlechterung des Pflegezustandes am Heger Friedhof zu beobachten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass der Grünservice der Stadt Osnabrück, der die Flächen und Wege auf den Friedhöfen betreut, seit Jahren einem steigenden Flächenzuwachs bei gleichzeitig sinkendem Personalbestand gegenüberstehe. Darüber hinaus würden die Einnahmen bei den Friedhofsgebühren aufgrund des Trends zu kostengünstigeren Urnenbestattungen sinken.

Eine Bürgerin hält den Pflegezustand des Heger Friedhofs für zufriedenstellend. Sie plädiert dafür, dass sich Bürger oder Bürgerinitiativen bei der Pflege der Grünflächen auf dem Friedhof engagieren, wenn die Verwaltung bei dieser Aufgabe nicht über die erforderlichen Ressourcen verfügt. So könnten z. B. durch die Verwaltung gemeinsame Pflegeaktionen organisiert werden. Dass die Bürger Interesse und auch Verständnis für die Situation hätten, sei daran erkennbar, dass viele Nachbarn die Baumscheiben und Grünbeete an den Straßen vor ihren Grundstücken pflegen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius begrüßt ausdrücklich den Vorschlag zur Unterstützung durch Bürger bei der Verschönerung der Friedhofsanlagen. Die Verwaltung sollte daher prüfen, ob bzw. in welcher Form solche Aktionen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt werden können.

2 m) „Erholung im Grünen“ - auch für die Innenstadt (z. B. Parkplatz Kommenderiestraße)

Frau und Herr Möller fragen, warum in der Innenstadt keine Räume für eine „Erholung im Grünen“ geschaffen werden, z. B. auf der Fläche des Parkplatzes Kommenderiestraße.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass der seit dem 19.12.2008 rechtsverbindliche Bebauungsplan auf der bisherigen Parkplatzfläche eine Nutzung als Allgemeines Wohngebiet vorsieht. Zielsetzung des Bebauungsplanes ist es, das Wohnen in der Stadt zu stärken und zudem im Sinne einer Nutzungsmischung diese Fläche einer Bebauung zuzuführen. Die Osnabrücker Parkstätten-Gesellschaft mbh (OPG) hat die Fläche im Übrigen zwischenzeitlich verkauft. Auch hieraus wird ersichtlich, dass dieser Bereich nicht mehr als Erholungsgrün zur Verfügung gestellt werden kann (Schlossgarten und Grünanlage Willy-Brandt-Platz liegen weniger als 500 m entfernt).

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt weiterhin mit, dass Wohnen im innerstädtischen Bereich zunehmend attraktiv werde und daher eine steigende Nachfrage herrsche.

Herr Möller bestätigt dies, weist aber darauf hin, dass es für Wohnungen am Wall durch den Verkehrslärm wenig Interessenten gäbe. Die zukünftige Entwicklung des innerstädtischen Raumes und der Wohnsituation müsse auch diesen Aspekt mit berücksichtigen.

Frau Unland berichtet, dass in der Innenstadt Stellplätze fehlen, z. B. für auswärtige Besucher. Auch das neue Uni-Gebäude ziehe zusätzlichen Verkehr an.

Herr Oberbürgermeister Pistorius bestätigt die angespannte Parksituation im Innenstadtbereich. Dennoch bringe das Wohnen in der Innenstadt aufgrund der vielfältigen Angebote und der kurzen Wege durchaus Vorteile mit sich.

2 n) Veränderungen von Verkehrsführungen im Bereich der Kommenderiestraße

Frau und Herr Möller schlagen vor, eine zusätzliche Abbiegespur aus der nördlichen Kommenderiestraße zu schaffen.

Herr Schmidt teilt mit, dass im Zusammenhang mit dem Umbau des Rosenplatzes die Maßnahmen in den Randbereichen, also Kommenderiestraße und Johannisstraße/Meller Straße, abgeschlossen worden sind. Nach Anpassung der Ampelschaltungen soll auch das zweistreifige Linksabbiegen aus der südlichen Kommenderiestraße wieder möglich werden. Dies hat zur Folge, dass aus der nördlichen Kommenderiestraße kein Verkehr mehr fließen darf, da dies zu Zeitverlusten für die anderen stark belasteten Äste des Knotens Johannistorwall/Kommenderiestraße führen würde. Somit wäre die Leistungsfähigkeit dann insgesamt wieder eingeschränkt. Lediglich Radfahrern wird das Ausfahren aus der nördlichen Kommenderiestraße ermöglicht, da dies parallel zu dem Linkseinbieger vom Johannistorwall in die südliche Kommenderiestraße erfolgen kann.

2 o) Zukünftige Nutzung der Neumarkt-Passage

Frau und Herr Möller fragen nach der weiteren Nutzung des Neumarkttunnels, der zum Jahresende geschlossen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass im Rahmen des Verfahrens zur Haushaltskonsolidierung 2009 der Rat der Stadt Osnabrück am 24.03.2009 beschlossen hat, dass die Neumarktpassage möglichst mit Ablauf des Jahres 2010, spätestens mit Ablauf des Jahres

2012, einem Investor übertragen oder von der Osnabrücker Parkstätten-Gesellschaft (OPG mbH) geschlossen werden soll. Die Mietverträge der Geschäfte in der Passage laufen mit einer Ausnahme Ende 2010 aus. Die Verwaltung prüft zurzeit die rechtlichen Möglichkeiten zur Schließung der Passage. Darüber hinaus werden gegenwärtig alternative Nutzungskonzepte und Vorschläge geprüft.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt weiterhin mit, dass es für das Grundstück „Cafe Coppenrath“ am südöstlichen Rand des Neumarkts konkrete Planungen gibt.

Frau Unland weist darauf hin, dass sich bei einer Umfrage der NOZ vor einigen Jahren eine Mehrheit für die Beibehaltung des Neumarkt-Tunnels ausgesprochen habe.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass der Tunnel in den 60-er Jahren angelegt wurde, als die Stadtplanung dem Autoverkehr in den Städten den Vorrang gegenüber den Fußgängern einräumte. Inzwischen habe ein Wandel stattgefunden. Eine unterirdische Einkaufspassage entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine moderne und attraktive Innenstadt. Daher wurde unter stadtentwicklungspolitischen Gründen die Schließung des Tunnels beschlossen.

2 p) Messung der Geschwindigkeit in der Johannisstraße (im Abschnitt der Tempo-30-Zone)

Herr Hoffmann berichtet, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nicht beachtet wird und schlägt Messungen vor. Das „30“-Piktogramm auf der Fahrbahn ist abgefahren.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass bei der Überwachung des fließenden Verkehrs die dazu ergangenen Richtlinien zu beachten sind. Danach sind Geschwindigkeitsüberwachungen dort zu konzentrieren, wo sich häufig Unfälle ereignen (Unfallbrennpunkte) oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich Unfälle ereignen werden (Gefahrenpunkte).

Eine Unfallhäufungsstelle liegt hier nicht vor. Die o. g. besondere Gefährdung, die für eine Verkehrsüberwachungsmaßnahme erforderlich ist, muss deutlich über das Maß an Gefahren hinausgehen, das üblicherweise durch den Straßenverkehr ausgelöst wird. Das kann zum Beispiel an Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen der Fall sein.

Daneben müssen noch bestimmte technische Voraussetzungen an den Standort des Messfahrzeuges und an die Messstrecke erfüllbar sein.

Der Fachbereich Bürger und Ordnung wird auf Basis der zuvor ausgeführten Erlasslage und der technischen Gegebenheiten vor Ort die Einrichtung eines Mess-Standortes prüfen.

In der Brinkstraße werden im Rahmen der Schulwegsicherung regelmäßig Geschwindigkeitsüberwachungen durchgeführt.

Der Osnabrücker ServiceBetrieb wird die „30“-Markierung erneuern, sobald die Witterung es zulässt.

Eine Bürgerin teilt mit, dass die „30“-Markierung in Höhe des Gebäudes „Hoberg“ sehr klein sei. Weiterhin würden die Busse stadteinwärts mit überhöhter Geschwindigkeit in die Fußgängerzone einfahren.

Herr Hoffmann spricht sich für Kontrollen in der 30-Zone aus, da sich die Verkehrsteilnehmer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten würden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass jeder Teilnehmer am Straßenverkehr für sein Verhalten verantwortlich sei. Die Missachtung der Verkehrsregeln erfolge nur durch ei-

nen geringen Teil der Bevölkerung. Dennoch sei dies störend für alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Ein Bürger hält die Tempo-30-Regelung an dieser Stelle für angemessen, da es sich um eine schmale Straße mit vielen Geschäften und einem hohen Aufkommen an Fußgängern handelt. Geschwindigkeitskontrollen seien sicherlich angebracht. Das Queren des Zebrastreifens in Höhe der Kino-Passage sei schwierig, wenn viel Verkehr herrsche und Lieferfahrzeuge auf der Straße hielten. Weiterhin wird angemerkt, dass durch die Regelungen zu Parkgeboten und -verboten eine überaus hohe Anzahl an Schildern in diesem Straßenabschnitt aufgestellt ist.

Ein weiterer Bürger schlägt vor, im 30-er Abschnitt der Johannisstraße für einige Zeit ein Geschwindigkeitsdisplay der Stadt aufzustellen.

2 q) Fahrradstreifen stadteinwärts - Kreuzung Johannisstraße/ Johannistorwall/Petersburger Wall (Optimierung der Grünphase für Radfahrer)

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass Radfahrer stadteinwärts hinter der Kreuzung im Bereich der Bushaltestelle in Gefahr geraten, abgedrängt zu werden. Er schlägt vor, die Grünphase für die Radfahrer zu optimieren.

Herr Schmidt führt aus, dass die Fahrradfahrer hier einen kleinen Zeitvorsprung von 1 Sekunde haben. Eine Verlängerung dieses Zeitvorsprungs würde ebenfalls die Leistungsfähigkeit des Knoten stärker beeinträchtigen und hätte für nachfolgende Fahrradfahrer keine Vorteile. Der Konflikt zwischen Bussen und Radfahrern entsteht dann, wenn die Busse versuchen langsamere Radfahrer zu überholen. Hier müssten die Busse jedoch hinter den Radfahrern bleiben. Da diese Problematik bei der Verwaltung seit einiger Zeit bekannt ist, soll im nächsten Jahr eine planerische Überprüfung des Kreuzungspunktes erfolgen, um eventuell Verbesserungsmöglichkeiten zu erzielen.

Herr Hoffmann schlägt vor, die Schaltung der Ampel so zu verändern, so dass erst die Busse fahren können und danach die Radfahrer.

2 r) Trenngitter für Grünstreifen am Petersburger Wall - zwischen der Johannisstraße und der Holtstraße

Herr Hoffmann schlägt vor, Trenngitter in den Grünstreifen anzubringen, da Fußgänger über die Straße laufen, obwohl Fußgängerampeln an der Johannisstraße und der Holtstraße vorhanden sind.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass es sich hierbei um Fußgängerquerungen des Petersburger Walls zwischen den Verbrauchermärkten auf den beiden Seiten in Höhe Wassermannstraße handelt. Nach Rücksprache mit Polizei und Verkehrsbehörde ist hier bisher kein Unfallgeschehen mit Fußgängern zu beobachten. Der Einbau eines Zaunes nur im Bereich der jetzigen Querung würde das Problem sicher nicht beheben, da dieser leicht zu umgehen wäre. Hier müsste dann ein Zaun zwischen den beiden Signalanlagen Johannisstraße und Holtstraße gebaut werden. Dies ist jedoch aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und der bisher nicht nachgewiesenen Konflikte nicht zu vertreten.

Ein Bürger berichtet, dass die Ausfahrt für Pkw aus der Wassermannstraße in den Petersburger Wall durch die an dieser Stelle querenden Fußgänger sowie die zum Teil hochgewachsene Bepflanzung am Straßenrand beeinträchtigt werde.

2 s) Parkplatz Kommenderiestraße (Bebauungsplan Nr. 567- südlich Goldstraße): Abbau nicht erforderlicher Schilder, Termin für Bebauung, Reparatur Schlaglöcher und Zaun, Fläche Spielplatz

Frau Geuting fragt nach den weiteren Planungen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass die ausgeschilderte Privatstraße immer noch eine Privatstraße ist. Bis zum Ausbau und zur Widmung zu einer öffentlichen Straße ändert sich an der bisherigen Situation nichts. Die Hinweisschilder werden bis zum o. g. Zeitpunkt beibehalten. Die Sanierungstreuhanderin, Gesellschaft für Stadtentwicklung (GfS), hat im Auftrag der Stadt Osnabrück die Teilflächen für die zukünftigen öffentlichen Straßen, wie im Bebauungsplan Nr. 567 festgesetzt, erworben.

Die Information über das Ende der Parknutzung erfolgt von der OPG (Osnabrücker Parkstätten-Gesellschaft mbH), die zurzeit die Fläche bewirtschaftet.

Die zuständigen Vertreter der OPG werden sich die Schlaglöcher vor Ort anschauen. Wegen der Aufgabe der Parkplatzfläche wird keine Instandsetzung des Zauns vorgenommen.

Die OPG war die Eigentümerin der Kinderspielplatzfläche, und diese wurde mitverkauft.

Herr Möller berichtet, dass auf der Privatstraße die Feuerwehrezufahrt ständig zugeparkt wird. Bei einem Notfall könnten die Feuerwehrfahrzeuge nicht mehr durchfahren. Das OS Team habe mitgeteilt, dass es dort nicht kontrollieren könne, da es sich um einen Privatweg handelt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass dort die Polizei tätig werden müsse.

2 t) Bepflanzung Kreuzung Johannistorwall / Kommenderiestraße

Frau Geuting fragt, wann die Restfläche offenen Bodens an der Kreuzung Johannistorwall / Kommenderiestraße bepflanzt wird.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass bei dem Ahornbaum bei einer der regelmäßig durchgeführten Baumkontrollen Fäulnis und fehlende Standsicherheit festgestellt wurden. Daher musste der Ahornbaum im Jahr 2009 gefällt werden. Ursprünglich war eine Ersatzpflanzung vorgesehen.

Der Osnabrücker ServiceBetrieb teilt mit, dass im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Rosenplatzes auch der Einmündungsbereich Kommenderiestraße/Johannistorwall den verkehrlichen Verhältnissen neu angepasst wurde. Unter anderem wurden die Bordsteinradien den erforderlichen Schleppkurven der LKW- und Busse angepasst und Fußgängerführungen verändert, so dass die Beetfläche des ehemals vorhandenen Ahornbaumes verkleinert werden musste mit der Folge, dass eine Baumnachpflanzung, wie ursprünglich geplant, an dieser Stelle leider nicht mehr möglich ist. Die verbliebene Beetfläche wird aber, sobald es die Witterung zulässt, in Kürze mit bodendeckenden Rosen bepflanzt werden.

2 u) Probleme mit der Drogenszene im Bereich Salzmarkt

Frau Schnieders berichtet, dass die Anwohner rund um den Salzmarkt über Belästigungen durch die Drogenszene klagen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass die beschriebenen Situationen der Verwaltung bekannt sind. Das OS Team ist im Rahmen der Streifengänge regelmäßig vor Ort und schreitet ein, wenn sich Personen unbefugt auf dem Spielplatz aufhalten. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass dieser Bereich insbesondere außerhalb der Dienstzeiten des OS Teams von Drogenabhängigen aufgesucht wird. Der Ordnungsaußendienst achtet

speziell auch auf dem Spielplatz am Salzmarkt auf umherliegende Spritzen, die dann entsorgt werden.

Das Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die, soweit sie festgestellt wird, durch den Ordnungsaußendienst geahndet wird. Die Eingangsbereiche der Häuser sind jedoch grundsätzlich nicht Bestandteil des Geltungsbereiches der "Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Osnabrück". Die Verordnung ist nur anwendbar bei öffentlich zugänglichen Hauseingängen.

Ein Bürger führt aus, dass sich die Anwohner im Bereich Wassermannstraße durch diese Situation beeinträchtigt fühlen und diese Belästigungen nicht mehr hinnehmen wollen. Bereits morgens ab 6.00 Uhr seien laute Auseinandersetzungen zu hören. Der Platz werde verschmutzt und Passanten angepöbelt. Das OS Team habe mitgeteilt, dass für verstärkte Kontrollen zu wenig Personal vorhanden sei. Wenn Platzverweise ausgesprochen würden, seien diese zeitlich begrenzt. Die jeweiligen Personen seien kurze Zeit später wieder vor Ort. Daher sollte für die Innenstadt ein Alkoholverbot für die öffentliche Plätze und Wege ausgesprochen werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius bestätigt, dass es sich um ein ernsthaftes Problem handelt. Leider gebe es mehrere solcher Brennpunkte im Stadtgebiet. Einzelne Personen oder Gruppen würden die Regeln missachten, die für ein Zusammenleben in der Gesellschaft unerlässlich seien. Die Verwaltung könne nicht mit dem OS Team permanent vor Ort sein und habe auf Basis der „Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Osnabrück“ nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten. Eine Verschärfung der Regelungen erfordere weitere Kontrollen und somit zusätzlichen Personaleinsatz. Eine Personenkontrolle dürfe nur von den Polizeikräften vorgenommen werden. Ein Verbot für eine bestimmte Straße würde dazu führen, dass die entsprechenden Personen sich einige Meter weiter in der nächsten Straße treffen. Die Verwaltung werde dieses Thema nochmals mit der Polizei besprechen.

Ein Bürger berichtet, dass an der Holtstraße am Notausgang der Tiefgarage regelmäßig Personen anzutreffen sind, die dort urinieren.

Eine Bürgerin ergänzt, dass dort auch Drogenabhängige anzutreffen seien und das Dealen in der Grünanlage beobachtet wurde. Man habe oft die Mitarbeiter der Verwaltung telefonisch informiert. Die entsprechenden Personen seien dann aber nicht mehr vor Ort anzutreffen.

Herr Sommer teilt mit, dass vor einigen Jahren eine ähnlich gelagerte Situation in der Nähe von Verbrauchermärkten an der Bramscher Straße mit einem vergleichbaren Personenkreis aufgetreten war. Damals konnte man in Zusammenarbeit mit den Grundstücksbesitzern die Situation entspannen, so dass die Beschwerden der Anwohner und Kunden zurückgingen.

Eine Bürgerin fragt, ob eine Art Versammlungsverbot ausgesprochen werden könne. Für den Schlossgarten wurden vor einiger Zeit ähnliche Maßnahmen durchgeführt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius bestätigt, dass die Verwaltung zusammen mit der Polizei im Bereich des Schlossgartens durch gezielt eingeleitete Maßnahmen eine Verbesserung der Situation erreicht habe.

Herr Großheide fragt, ob der Einsatz der Polizei im Osnabrücker Stadtgebiet grundsätzlich als unzureichend bezeichnet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass die in Osnabrück eingesetzte Polizei des Landes Niedersachsen engagiert arbeite. Dennoch müssten aufgrund der begrenzten Per-

sonalressourcen Prioritäten gesetzt werden. Auch verstärkte Kontrollen würden nicht dauerhaft das Problem des Fehlverhaltens Einzelner oder bestimmter Gruppierungen lösen, die die für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft unerlässlichen „Spielregeln“ missachten.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Finanzlage der Stadt Osnabrück

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet anhand einer Präsentation über die finanzielle Situation der Stadt Osnabrück. Der Rat der Stadt Osnabrück hat sich intensiv mit der Finanzlage der Stadt Osnabrück befasst. In einem Beschluss am 08.12.2009 wurde u. a. festgelegt, dass in den Bürgerforen die Bürgerinnen und Bürger über die Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung durch die dramatisch sinkende Finanzausstattung der Kommunen und die Folgen unterfinanzierter Aufgabenübertragung durch den Gesetzgeber informiert werden sollen.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Winterdienst im Stadtgebiet

Ein Bürger dankt dem Osnabrücker ServiceBetrieb für den guten Räumdienst, der seit dem Wintereinbruch durchgeführt wird. Die Hauptstraßen wurden schnell frei geräumt.

Eine Bürgerin berichtet, dass in der Wassermannstraße Schnee und Eis nicht ausreichend geräumt werden. Dies betrifft insbesondere den Abschnitt der Fußgängerzone vom Verbrauchermarkt bis zum Durchgang zur Johannisstraße an der Apotheke sowie den Verbindungsweg zwischen Wassermannstraße und Holtstraße.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Der Winterdienst in der Wassermannstraße im Straßenabschnitt bis zur Einfahrt der Tiefgarage wird vom Osnabrücker ServiceBetrieb durchgeführt. Anfragen hierzu können unter der Telefonnummer 323-4228 getätigt werden.

Die Straße ist in die 2. Winterdienst-Priorität eingestuft, Vorrang haben die Hauptverkehrsstraßen im Stadtgebiet, die 24 Stunden für den Verkehr freigehalten werden. Für die Durchgänge zur Johannis- bzw. Holtstraße sind die jeweiligen Grundstückseigentümer zuständig.

4 b) Baulärm in der Innenstadt

Eine Bürgerin berichtet, dass die Wohnqualität der Anwohner am Salzmarkt durch die Bautätigkeit des benachbarten Marienhospitals beeinträchtigt wird. Diese Arbeiten sollen noch ein Jahr dauern. Auch die Kapazität des Parkplatzes wurde eingeschränkt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius zeigt sein Verständnis für die Beeinträchtigungen. Grundsätzlich ist ein Bauvorhaben genehmigungsfähig, wenn es den Vorgaben des Bebauungsplans entspricht. Die Bebauungspläne für das Stadtgebiet sind öffentlich und können eingesehen werden beim Fachbereich Städtebau, Dominikanerkloster/Hasemauer 1, und im Internet unter www.osnabrueck.de.

4 c) Ermäßigung für Senioren in Osnabrück

Eine Bürgerin erkundigt sich nach Ermäßigungen für Senioren in Osnabrück.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Finanziell schwach gestellte Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger erhalten von der Stadt Osnabrück unter bestimmten Voraussetzungen den Osnabrück-Pass. Dieser bietet zahlreiche Ermäßigungen, einige Angebote sind sogar kostenlos. Weiterhin können Inhaber der

„Ehrenamtskarte“ Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Darüber hinaus gibt es vergünstigte Angebote im Rahmen der jährlich stattfindenden „Osnabrücker Seniorenwochen“.

Herr Oberbürgermeister Pistorius dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Innenstadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

Sitzung des Bürgerforums Innenstadt am 09.12.2010

TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Anfragen und Anregungen aus der Sitzung am 18.05.2010	Bericht der Verwaltung
Belästigung durch die Nutzungsänderung des Stadtwerke-Geländes / Bahnlärm (TOP 2 f)	Um unter anderem die Anwohner am Schienenweg in der Innenstadt zukünftig besser vor Lärm schützen zu können, ist die gesamte Schienenstrecke Rheine - Hannover auf dem Stadtgebiet von Osnabrück in das Bundesprogramm für Lärmsanierung an Schienenwegen aufgenommen worden. Zurzeit laufen die vorbereitenden Untersuchungen einschließlich Planungen zum aktiven und passiven Schallschutz. Im Frühjahr 2011 ist laut Auskunft der zuständigen DB-Projektbau mit ersten Ergebnissen zu rechnen.
Nutzungsdauer Parkplatz Kommanderiestraße (TOP 2 c)	► Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2 s). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert